Berner EVP

1 / 2026 Februar

Partie en français: pages 11/12

www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

Informationen der Evangelischen Volkspartei des Kantons Bern

KANTONALE WAHLEN VOM 29. MÄRZ 2026

Politik mit Herz und Weitblick

Die aktuelle EVP-Fraktion. Von links: Melanie Beutler-Hohenberger, Simone Leuenberger, Philippe Messerli, Tabea Bossard-Jenni, Hanspeter Steiner, Tom Gerber, Katja Streiff, René Müller und Barbara Stotzer-Wyss.

AZB 3001 Bern
DIE POST

Am 29. März 2026 wählen wir im Kanton Bern den Grossen Rat und den Regierungsrat. Die EVP tritt an, um ihre neun Grossratsmandate zu verteidigen und Sitze zurückzugewinnen, die vor vier Jahren in den Wahlkreisen Bern, Oberaargau und Thun knapp verloren gingen.

Mit 321 engagierten Kandidierenden – 183 Männer und 138 Frauen – auf 19 Listen steht die EVP für Vielfalt aus allen Regionen und Gesellschaftsschichten. Als glaubwürdige Mittepartei setzen wir auf verbindende Politik. In einer Zeit, in der das Recht des Stärkeren zählt, Glaube und gemeinsame Werte an Bedeutung verlieren, Fremde zu Sündenböcken gemacht werden, Umweltzerstörung verharmlost wird und Kinder für Familien zum Armutsrisiko werden, setzt die EVP klare Gegenakzente. **Von Jesus inspiriert handeln** heisst für uns: Verantwortung übernehmen, Nächstenliebe leben und das Gemeinwohl ins Zentrum stellen. Wir stehen für eine menschenwürdige, lösungsorientierte Politik, die Brücken baut.

■ **Klug ist, die Schöpfung zu bewahren.** Den Schutz unserer Umwelt und den sorgfältigen Umgang mit natürlichen Ressourcen sieht die EVP als Verpflichtung gegenüber dem Schöpfer und den kommenden Generationen.

■ **Stark ist, den Schwachen zu helfen.** Die EVP engagiert sich für Gerechtigkeit, für eine finanzierbare Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum und für den Schutz des Lebens in allen Phasen.

■ **Nachhaltig ist, junge Menschen zu befähigen.** Wir setzen dabei auf gute Bildung, faire Chancen, gelingende Integration und eine generationengerechte Finanzpolitik.

Alle neun bisherigen EVP-Grossrätinnen und -Grossräte kandidieren erneut (siehe Legislaturbilanz auf Seite 7). Für den Regierungsrat treten **Barbara Stotzer-Wyss** (Seeland) und **Tom Gerber** (Berner Jura) an. Mit glaubwürdiger Mittepolitik übernehmen alle diese Spitzenkandidierenden Verantwortung für den Zusammenhalt im Kanton Bern.

Bei der erwartet tiefen Wahlbeteiligung können wir als EVP die Wahlziele erreichen, wenn es uns gelingt, die evangelische Wählerschaft zu mobilisieren. Herzlichen Dank, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Philippe Messerli und Ruedi Löffel, Co-Geschäftsführende EVP BE

PAROLEN ZUM 8. MÄRZ 2026

Infos: www.evp-be.ch und www.evppev.ch/abstimmungen

Bargeld-Initiative	NEIN
Direkter Gegenentwurf	JA
SRG-Initiative	NEIN
Klimafonds-Initiative	JA
Gesetz zur Individualbesteuerung	NEIN

VOLKSABSTIMMUNGEN 2/3

Am 9. März stehen vier nationale Abstimmungsvorlagen an.

GROSSRATSBERICHT 5

Wichtige Themen aus der Wintersession des Grossen Rats.

LEGISLATURRÜCKBLICK 7

Das Engagement der EVP-Grossratsmitglieder seit 2022.

INTERVIEWS 9

mit den Behördenmitgliedern Sabrina Amacher und Benjamin Schaad.

EDITORIAL

Verantwortung tragen

Die Grossratswahlen vom 29. März sind ein Moment der Verantwortung. Nicht nur für Kandidierende, sondern für uns alle, die an eine Politik glauben, die trägt – auch dann, wenn sie nicht laut ist.

Wir sind keine Partei der raschen Schlagzeilen. Wir sind eine Partei der Haltung. Einer Haltung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, die zuhört, vermittelt und langfristig denkt. Die Brücken baut, wo andere trennen. Genau diese Stimme braucht es heute mehr denn je. Doch sie ist nicht selbstverständlich. Sie muss gewählt werden.

Wer am Wahltag zu Hause bleibt, überlässt das Feld jenen, die spalten, vereinfachen und polarisieren. Wer hingegen EVP wählt, stärkt eine Politik, die Familien Rückhalt gibt, Schwächere schützt und Verantwortung für kommende Generationen übernimmt. Eine Politik, die nicht nur fordert, sondern auch dient.

Unsere Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat haben in den letzten Jahren gezeigt, wofür die EVP steht: für Verlässlichkeit, für Respekt, für Lösungen mit Herz und Verstand. Damit das so bleibt, braucht es Ihre Stimme.

Bitte gehen Sie wählen. Sprechen Sie darüber. Erinnern Sie andere daran. Jede einzelne Stimme zählt. Nicht irgendwann – jetzt. Für einen Kanton Bern, der zusammenhält. Und damit die EVP im Kanton weiterhin Verantwortung tragen kann.

Lukas Rentsch
Vizepräsident EVP Kanton Bern

SCHWEIZERISCHE VOLKSABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2026

Nein zur Individualbesteuerung

Das Parlament will Ehepaare künftig einzeln besteuern statt als wirtschaftliche Einheit. Was auf den ersten Blick nach mehr Gleichstellung klingt, bedeutet in Wahrheit für viele Familien und den Mittelstand höhere Steuern.

Ein Blick auf einen ganz normalen Familienalltag zeigt, wie realitätsfremd diese Reform ist. Zu Beginn einer Ehe arbeitet oft ein Partner voll, während der andere sich in Ausbildung befindet. Später wechseln sich die Rollen ab: Mal verdient sie mehr, mal er. Nach der Geburt eines Kindes reduziert ein Elternteil die Erwerbsarbeit, um Betreuungsaufgaben zu übernehmen. In einer späteren Lebensphase steht die Pflege eines Angehörigen im Vordergrund, was erneut zu beruflichen Anpassungen führt. Genau solche flexiblen Lebensentwürfe, wie sie heute für viele Ehepaare selbstverständlich sind, würden mit der Individualbesteuerung steuerlich bestraft. Unabhängig davon, wer gerade mehr verdient oder unbezahlte Care-Arbeit leistet: Paare mit wechselnden oder ungleichen Einkommen müssten in all diesen Situationen mehr Steuern bezahlen als heute. Damit wird zwar die sogenannte Heiratsstrafe abgeschafft, gleichzeitig aber eine neue Familienstrafe geschaffen – dies ist ungerecht und nicht akzeptabel.

Hinzu kommt ein massiver bürokratischer Mehraufwand. Künftig müssten beide Ehepartner je eine eigene Steuererklärung einreichen und ihr gemeinsames Vermögen jedes Jahr aufteilen. Die Folge wären rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuerdossiers und unzählige zusätzliche Arbeitsstunden in den kantonalen Steuerverwaltungen.

Dabei liegt eine bessere Lösung bereit: Die Fairness-Initiative von Mitte-Partei und EVP verlangt, dass das gemeinsame und das individuelle Besteuerungsmodell verglichen und der jeweils günstigere Tarif angewendet wird. So wird echte Fairness geschaffen – ohne neue Verliererinnen und Verlierer.

Barbara Stotzer-Wyss

Barbara Stotzer-Wyss
Grossrätin, Büren an der Aare

Spendenbarometer

Stand per 15. Jan. 2026:
CHF 2040.–

Unser Ziel für die kantonalen Wahlen:
CHF 255 000.–

Die EVP braucht Ihre Unterstützung

Unser Spendenziel von 225 000 Franken bis Ende 2025 haben wir knapp verfehlt – es fehlen rund 14 000 Franken. Für 2026 benötigen wir **255 000 Franken**, um die kantonalen Wahlen 2026 zu finanzieren, Parteibetrieb und Basisarbeit zu sichern und rechtzeitig Rücklagen für die nationalen Wahlen 2027 zu bilden. Jeder Beitrag zählt.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1, IBAN CH20 0900 0000 2502 8820 7

Kantonale Wahlen 2026

Am 29. März 2026 werden im Kanton Bern Parlament und Regierung neu gewählt. Im Hinblick darauf hat die EVP Kanton Bern ihr Parteiprogramm neu formuliert. Auf **www.evp-be.ch** ist unter dem Menupunkt **Politik** das Parteiprogramm aufgeführt; unter **WahlBE26** werden die zwei EVP-Kandidierenden für den Regierungsrat, die neun wiederkandidierenden EVP-Mitglieder des Grossen Rats und alle unsere 321 Grossrats-Kandidierenden aus den neun Wahlkreisen vorgestellt.

ANZEIGEN

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

Initiativen zu SRG, Klimafonds und Bargeld

Neben dem Gesetz zur Individualbesteuerung (siehe Seite 2) stimmt das Schweizervolk am 8. März über drei Volksinitiativen und einen Gegenvorschlag ab. Drei Grossratsmitglieder stellen die Vorlagen vor.

Nein zur SRG-Halbierung

Die SRG ist zentral für verlässliche Informationen, Medienvielfalt und den Schutz unserer Demokratie. Eine Halbierung der Gebühren würde die unabhängige Information massiv schwächen und Propaganda sowie Desinformation Vorschub leisten. Die EVP empfiehlt die SRG-Initiative klar zur Ablehnung.

Eine funktionierende Demokratie braucht starke, unabhängige Medien. Wer die SRG beschneidet, entzieht der Bevölkerung verlässliche Informationsgrundlagen und gefährdet damit demokratische Prozesse. Ohne ein starkes öffentlich-rechtliches Medienhaus wächst der Einfluss von Meinungsmache und extremen Positionen – eine Entwicklung, die international deutlich sichtbar ist.

Die Schweiz lebt von ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt – die SRG pflegt sie täglich in allen vier Landessprachen. Massive Kürzungen würden vor allem Romandie, Tessin und die rätoromanische Schweiz treffen und Regionen abhängig von ausländischen Sendern machen. Auch wenn aus Sicht der EVP christliche Inhalte oft zu wenig sichtbar sind, anerkennt sie die zentrale Rolle der SRG für eine unabhängige und vielfältige Information.

Das Sparargument überzeugt nicht: Die Entlastung für Haushalte beträgt nur wenige Rappen pro Tag, der Schaden für das mediale Ökosystem wäre jedoch gravierend und dauerhaft. Wer hier spart, spart am falschen Ort und zahlt langfristig einen hohen gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Preis.

Philippe Messerli

Die EVP lehnt diese Initiative klar ab. Die SRG-Initiative ist kein Reformprojekt, sondern ein Angriff auf Medienvielfalt, Zusammenhalt und demokratische Meinungsbildung.

Philippe Messerli, Grossrat, Nidau

Ja zur Klimafonds-Initiative

Glauben Sie an die Existenz des Klimawandels? Glauben Sie, dass er menschengemacht ist? Wenn Sie beides mit Ja beantworten, dann empfehle ich Ihnen ein wuchtiges Ja zur Klimafonds-Initiative.

Tabea Bossard-Jenni

Die Initiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik» will eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik in der Verfassung verankern. Sie möchte, dass jährlich 0,5–1 % des Bruttoinlandprodukts in einen Fonds für Massnahmen zur Senkung der CO_2-Emmissionen fliesst – das ergibt etwa 3,5 – 7 Milliarden Franken pro Jahr. Damit sollen Gebäude saniert, fossile Heizungen ersetzt, Verkehr und Wirtschaft dekarbonisiert und die Biodiversität gestärkt werden. Diese Investitionen haben in doppelter Hinsicht einen sehr positiven Effekt auf unsere Volkswirtschaft: Einerseits den Nutzen fürs Klima – Schäden vorzubeugen ist immer günstiger als sie zu reparieren. Andererseits fliesst das Geld zurück in unsere lokale Wirtschaft. Hinter jeder sanierten Fassade, jedem mehrfach verglasten Fenster oder jedem installierten thermischen Sonnenkollektor stehen Handwerkerinnen und Hersteller in der Schweiz, vielleicht sogar im Kanton Bern, die diese Arbeiten ausführen und damit dazu beitragen, dass immer weniger Geld für Erdöl und Gas ins Ausland fliesst.

Die Initiative verlangt nichts Unmögliches, sie verlangt die konsequente Umsetzung bestehender Massnahmen, den Einsatz erprobter Technologien und ist zudem sozialverträglich. Die Delegierten der EVP Kanton Bern empfehlen ein klares Ja zur Initiative.

Tabea Bossard-Jenni
Grossrätin, Burgdorf/Oberburg

Bargeldinitiative kontra Gegenentwurf

Wie viel Bargeld haben sie im Portemonnaie? Wie bezahlen sie an der Kasse, im Restaurant oder im Onlineshop? Die Art, wie wir bezahlen, ändert sich rasant. Mobile Apps und Kreditkarten werden immer beliebter. Das schwindende Bargeld rief die Initianten der Bargeldinitiative auf den Plan.

Die Initianten möchten das Bargeld per Verfassung schützen. Der vorgeschlagene Weg ist mit juristischen Risiken verbunden. Der Initiativtext ist unpräzise formuliert und schwierig umzusetzen. Er fordert, dass Bargeld jederzeit in genügender Menge verfügbar bleiben muss und dass ein allfälliger Wechsel der Landeswährung zwingend einer Volksabstimmung unterstellt werden muss. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab.

Vorteilhafter Gegenentwurf

Das Anliegen der Initianten wurde jedoch in einem direkten Gegenvorschlag aufgenommen. Folgende Punkte sollen in der Verfassung verankert werden:

1. Die schweizerische Währung ist der Franken.
2. Die Nationalbank gewährt die Bargeldversorgung.

Das steht zwar schon im Nationalbankgesetz, würde in Zukunft aber in der Verfassung verankert werden. Wer Bargeld sichern möchte, ohne ein juristisches Experiment einzugehen, fährt mit dem Gegenentwurf besser. Dieser stärkt Bewährtes, sorgt für Stabilität und schafft Vertrauen ohne die Nachteile der Initiative.

Hanspeter Steiner

Diese Haltung teilt auch die EVP. Sie lehnt die Initiative klar ab und sagt sehr deutlich ja zum Gegenvorschlag.

Hanspeter Steiner, Grossrat, Boll

Die EVP-Gemeinderatsmitglieder 2026–2029, v. l.: Barbara Stotzer-Wyss (Büren a. A.), Elena Zink-Zaugg und Raymond Beutler (Grosshöchstetten), Bruno Maurer (Konolfingen), Priscilla Furrer (Oberdiessbach), Michael Zürcher (Thunstetten-Bützberg), Christine Schnegg (Lyss), Lukas Rentsch (Fraubrunnen), Matthias Fischer (Münsingen).

RÜCKBLICK GEMEINDEWAHLEN 2025

EVP-Vertretungen in elf Gemeinden

Bei den Gemeindewahlen lagen für die EVP im letzten Jahr Freud und Leid nahe beieinander. Erfreulichen Sitzgewinnen in den Exekutiven von Lyss und Fraubrunnen sowie in den Parlamenten von Münsingen und Nidau standen schmerzhafte Verluste in anderen Gemeinden gegenüber.

In **Büren an der Aare** (Barbara Stotzer-Wyss), **Grosshöchstetten** (Elena Zink-Zaugg und neu Raymond Beutler), **Konolfingen** (Bruno Maurer), **Oberdiessbach** (Priscilla Furrer) und **Thunstetten-Bützberg** (Michael Zürcher) wurden die bisherigen EVP-Gemeinderatsmitglieder für vier weitere Jahre gewählt.
In **Lyss** (Christine Schnegg) und **Fraubrunnen** (Lukas Rentsch) gewann die EVP einen Sitz im Gemeinderat – in beiden Gemeinden auf gemeinsamen Listen mit anderen Mittelparteien. In **Münsingen** verteidigte Matthias Fischer den EVP-Exekutivsitz als neuer Kandidat.
In **Herzogenbuchsee**, **Jegenstorf** und **Frutigen** musste die EVP ihren Sitz im Gemeinderat abgeben – überall ohne Bisherigenbonus. In **Oberdiessbach** konnte der zweite Sitz leider nicht verteidigt werden.
In **Wohlen** (Grossrätin Simone Leuenberger) schaffte es die EVP nicht in den Gemeinderat.

Bei den Parlamentswahlen legte die EVP in **Nidau** auf drei Sitze zu (Marlene Oehme, Eliane Geiser und Tamara Friedli) und in **Münsingen** auf vier Sitze (Gabriela Schranz, Dieter Blatt, Ivera Berger und Priska Rychen).
In **Lyss** (Maura Schnegg, Philipp Lutz und Catherine Wendel), **Köniz** (Katja Streiff und Matthias Müller) und **Langnau** (André Röthlisberger, Regula Engel und Pascal Braun) verteidigte die EVP ihre Mandate.
Aus Platzgründen sind hier nur die neugewählten Parlamentsmitglieder abgebildet.

Die neuen Parlamentsmitglieder, v. l.: Tamara Friedli (Nidau), Catherine Wendel (Lyss), Ivera Berger und Priska Rychen (Münsingen).

Ruedi Löffel
Co-Geschäftsführer EVP BE

Kernanliegen der EVP Kanton Bern

ENGAGIERTE EVP-FRAKTION

Erfolge für Rechtsstaat, Bildung, Soziales, Umwelt

Die Wintersession war wie jedes Jahr von intensiven Beratungen zum Budget und Finanzplan geprägt – mit vielen Änderungsanträgen. Barbara Stotzer-Wyss, Mitglied der Finanzkommission, setzte sich mit grosser Ausdauer und unterschiedlichem Erfolg für die Positionen unserer Fraktion ein.

Tom Gerber

Philippe Messerli erzielte einen wichtigen Erfolg mit der Aufstockung der Stellen in der Justiz und der Staatsanwaltschaft – einem oft unterschätzten, aber zentralen Pfeiler unseres Rechtsstaats. **Simone Leuenberger** engagierte sich erfolgreich für eine bessere politische Teilhabe von gehörlosen und schwerhörigen Menschen, für die Prävention häuslicher Gewalt in Zusammenarbeit mit Apotheken sowie gegen Sparmassnahmen in der obligatorischen Schule.
Melanie Beutler-Hohenberger erreichte als Mitmotionärin, dass der Grosse Rat eine langjährige Forderung unserer Partei unterstützt: Einkommensschwache Familien sollen situative Leistungen wie z. B. Ergänzungsleistungen beziehen können (s. Text unten). Unsere Fraktion und ihr Sprecher **René Müller** begrüssten zudem die Ablehnung einer SVP-Motion, die den Einsatz von Geldern aus dem Lotteriefonds für Entwicklungszusammenarbeit verhindern wollte. Organisationen wie die Stiftung «Digger», die sich für Minenräumungen einsetzt, konnten bereits von diesen Mitteln profitieren.
Mit grosser Mehrheit angenommen wurde das Postulat von **Tom Gerber**, das die Regierung auffordert, neue Wege für musikalische und künstlerische Aktivitäten von Lernenden in dualen Ausbildungsgängen zu prüfen – insbesondere durch eine Zusammenarbeit mit den Mittelschulen.
Katja Streiff freute sich über die Annahme eines parteiübergreifenden Postulats zur Entsiegelung unnötig asphaltierter Flächen nach dem Vorbild des Aargauer Pilotprojekts «Asphaltknacker». Damit sollen Biodiversität, Lebensqualität und eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung gestärkt werden.
Nach intensiven Diskussionen beschloss das Parlament auf Antrag von Mitmotionär **Hanspeter Steiner**, dass die Tramlinie Fischermätteli im Angebot des öffentlichen Verkehrs zu erhalten ist.
Ein weiterer Schwerpunkt war die Strategie für Wasserkraftkonzessionen, die **Tabea Bossard-Jenni** sowohl in der Kommission als auch im Grossen Rat intensiv begleitete. Zudem trug unsere Fraktion dazu bei, eine Motion abzulehnen, die eine Erhöhung der Mindestabstände von Wohngebieten zu Windkraftanlagen gefordert hatte.

Tom Gerber, Grossrat, Reconvilier

AUS DEM GROSSEN RAT

Kinderarmut bekämpfen – Familien unterstützen

Als EVP-Fraktion macht uns das Thema Kinderarmut tief betroffen. Auch im Kanton Bern ist es ein wachsendes Problem: Kinder sind stark von der finanziellen Situation ihrer Eltern abhängig, besonders in Einelternfamilien oder bei Familien mit mehreren Kindern. Teilzeiteinkommen oder Niedriglöhne reichen oft nicht aus, und viele Haushalte geraten in die Sozialhilfe.

In der Wintersession hat der Grosse Rat die Motion «Kinderarmut wirksam bekämpfen – Familien gezielt unterstützen», bei der **EVP-Grossrätin Melanie Beutler-Hohenberger** Miteinreicherin ist, überwiesen. Die Regierung muss nun dem Parlament einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, der es einkommensschwachen Familien ermöglicht, situativ Leistungen wie Ergänzungsleistungen oder spezifische Familienpauschalen zu beziehen. Bereits bestehende Angebote, etwa familienergänzende Betreuungsmassnahmen, werden berücksichtigt, um negative Erwerbsanreize zu vermeiden. Arbeit soll sich schliesslich lohnen.

Ergänzungsleistungen wirken
Gezielte situative Massnahmen sind effektiv: Sie verhindern den Sozialhilfebezug, reduzieren die Stigmatisierung, senken den Verwaltungsaufwand und stärken die Selbstständigkeit der Familien. Erfahrungen aus den Kantonen Tessin, Solothurn, Waadt, Genf und Freiburg zeigen: Ergänzungsleistungen wirken. Sozialhilfe beziehende Familien nehmen ab, die Kinder

Melanie Beutler-Hohenberger

profitieren von besserer Teilhabe und Integration, und die gesellschaftlichen Kosten werden gesenkt. Die EVP ist überzeugt: Kinder sollen nicht unter Armut leiden, und Familien sollen in ihrer Verantwortung gestärkt werden. Dies entspricht unseren Grundwerten: **«Stark ist, den Schwachen zu helfen»** – und **«Nachhaltig ist, junge Menschen zu befähigen»**. Die Umsetzung der Motion ist ein wichtiger Schritt, um Kinderarmut zu bekämpfen und Kindern echte Chancen für die Zukunft zu eröffnen.

Philippe Messerli
Grossrat, Nidau

Kernanliegen unserer Kantonalpartei

ENGAGIERTE EVP-FRAKTION

Legislaturrückblick mit breiter Themenpalette

Die «Berner EVP» bat die Mitglieder der Grossratsfraktion der EVP zu berichten, wofür sie sich in der Legislatur 2022–2026 schwergewichtig eingesetzt haben.

Die EVP-Fraktion im Grossen Rat: Hinten von links Hanspeter Steiner, Tom Gerber, Melanie Beutler-Hohenberger, Barbara Stotzer-Wyss, Katja Streiff. Vorne von links Tabea Bossard-Jenni, Simone Leuenberger, René Müller und Philippe Messerli.

Im Parlament und in der Kommission arbeitete ich für mehr alltagstaugliche Velorouten, ein breites und inklusives ÖV-Angebot, die Nutzung von erneuerbarer Energie. In Rekordzeit hat die Regierung meine Motion «überschüssiger Solarstrom» umgesetzt. Zudem erstelle ich in jeder Session Filme über unsere politische Arbeit, damit wir unser Wirken über die sozialen Medien nach aussen tragen können.

Tabea Bossard-Jenni
Grossrätin, Burgdorf/Oberburg

Als Bildungs- und Gesundheitspolitikerin setzte ich mich für Aufbau und Finanzierung von Hospizen ein. Meine Schwerpunkte lagen u. a. auf Prävention, Stärkung der Schulsozialarbeit, nachhaltigem Handeln in der Medizin und Förderung von Kindern mit Sprachentwicklungsstörungen. Ausserdem engagierte ich mich für eine aktualisierte Bildungsstrategie, Familienzentren und Spielgruppen.

Katja Streiff
Grossrätin, Oberwangen

Als Mitglied der Staatspolitischen Kommission behandelte ich u. a. die Staatsbeiträge an die gemeinnützigen Leistungen der Landeskirchen, die Transparenz bei der Finanzierung von Wahlen und Kampagnen sowie das Datenschutzgesetz. In der Justizkommission half ich mit, die chronisch überlasteten Justizbehörden durch neue Stellen zu entlasten und so das reibungslose Funktionieren unseres Rechtsstaates zu sichern.

Philippe Messerli
Grossrat, Nidau

Meine erste Legislatur war facettenreich: Behindertenleistungs- und Sozialhilfegesetz mitgestalten; Perspektive «Behinderung» bei Bevölkerungsschutz, Bau, ÖV, Bildung, Gesundheit, Arbeit und politischer Teilhabe einbringen; Anerkennung und Vorstossrecht fürs kantonale Jugendparlament; Bestattung von Sternenkindern ermöglichen; Lebenssituation von Asylsuchenden verbessern.

Simone Leuenberger
Grossrätin, Uetligen

Mein Einsatz galt u. a. Menschen im Strafvollzug und in Asylrückkehrzentren. Sie haben keine Lobby! Trotz Widerstand von Regierungsrat Philippe Müller fand meine eingereichte Motion «Fehlende Therapieplätze im Strafvollzug für Menschen mit schweren psychischen Krankheiten» eine Mehrheit. Ein Lichtblick im Strafvollzug. Leider bleibt die Wohnsituation in Rückkehrzentren unmenschlich.

Hanspeter Steiner
Grossrat, Boll

Im Herbst 2024 durfte ich wieder in den Grossen Rat einziehen. Die Gesundheitspolitik bleibt dabei eines meiner Herzensanliegen: So habe ich mich als Mitmotionärin u. a. erfolgreich für einkommensschwache Familien, eine bessere Haus- und Kinderarztversorgung in Randregionen sowie für die Finanzierung ungedeckter Leistungen freiberuflicher Hebammen eingesetzt.

Melanie Beutler-Hohenberger,
Grossrätin, Gwatt (Thun)

Mein Start im Grossen Rat war geprägt vom Ankommen und vom Zurechtfinden im Ratsbetrieb. Schon früh standen meine Interessen für Tourismus, Bergregionen und eine nachhaltige Energieversorgung im Fokus meiner Arbeit. Meine ersten sechs Sessionen brachten mir wertvolle und spannende Einblicke in die kantonale Politik. Ich bin gespannt, was die neue Legislatur bereithält.

René Müller
Grossrat, Adelboden

L'adoption de ma motion pour ne réserver l'accès aux interventions irréversibles de changement de sexe aux personnes majeures a été un moment fort de la législature. L'enseignement immersif de la deuxième langue ainsi que l'idée d'engager, de former et de créer le métier d'assistant·e scolaire doivent encore un peu faire leur chemin dans les esprits.

Tom Gerber
député, Reconvilier

Mein Highlight war die Annahme der Miet-Initiative. Bereits in der Grossratsdebatte habe ich mich dafür eingesetzt, dass Vermieter die Vormieten offenlegen müssen. Die Stimmbevölkerung des Kantons hat der Initiative im Herbst 2025 zugestimmt, und die neue Praxis wurde bereits im Dezember umgesetzt. Dies wird dazu beitragen, die Entwicklung steigender Mietzinse zu dämpfen.

Barbara Stotzer-Wyss
Grossrätin, Büren an der Aare

ANZEIGEN

Los Lorentes
Residences
loslorentes.com

prosperita
Die christlich-ethische Pensionskasse
www.prosperita.ch

AUS DEM NATIONALRAT

Einsatz für Familien, Frieden und Gerechtigkeit

Die Wintersession im Bundeshaus war geprägt von intensiven Budgetdebatten. Die EVP-Nationalräte setzten sich besonders für Gerechtigkeit, Familien und Frieden ein.

Einsatz für Gerechtigkeit
Ein bewegendes Thema war die zusätzliche Million für eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen. Nachdem der Antrag zunächst knapp scheiterte, bewilligte das Parlament die Mittel wegen des enormen Drucks aus der Bevölkerung (500 000 Unterschriften) dann doch. Wir EVP-Nationalräte unterstützten dies von Beginn weg. Bei der internationalen Zusammenarbeit konnte ich mich im Hintergrund erfolgreich dafür einsetzen, die geplanten Kürzungen von 36 Millionen auf 12 Millionen Franken zu reduzieren. Der Voranschlag für 2026 wurde angenommen. Nun steht das Entlastungspaket 2027 zur Debatte.

Einsatz für Familien
Als Berner EVP-Vertreter liegt mir die Stärkung der Familien besonders am Herzen. Ich reichte die Motion «Futura Sicura» ein, die einen nationalen Aktionsplan für bessere Rahmenbedingungen bei der Familiengründung fordert. Zudem nahm ich vor der Session als Zeichen für den Lebensschutz und die Unterstützung von Eltern an der Kerzenaktion des Vereins «Mamma» teil.

Der Vorstoss entstand in Zusammenarbeit mit diesem Verein.

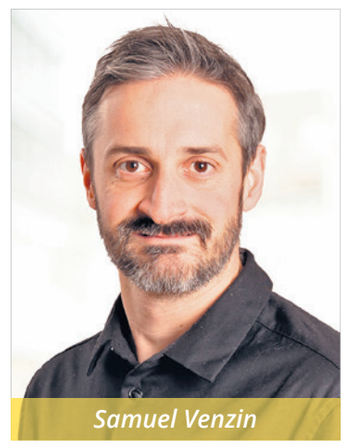
Einsatz für den Frieden
Besorgnis erregt die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes, die Exporte in Konfliktstaaten erleichtern soll. Das gefährdet die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Um zu verhindern, dass Schweizer Waffen in Bürgerkriegen oder bei Terroristen landen, ergriff die EVP gemeinsam mit einer breiten Allianz das Referendum. **Nutzen Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen** und setzen Sie mit Ihrer Unterschrift ein Zeichen für Frieden und Verantwortung.

Marc Jost, Nationalrat, Thun

AUGENBLICK

Die Sache mit der Geduld

Bist du ein geduldiger Mensch?
Oder anders gefragt:
Was würden andere über deine Geduld sagen?
Wir leben in einer Zeit, in der vieles den Anschein erweckt, kaum noch Geduld zu erfordern: Online bestellt, am Abend geliefert. Anstehen muss man selten, ausser bei der Gelateria, wo man paradoxerweise gerne wartet. Und künstliche Intelligenz hilft uns in fast allen Belangen.
Doch vieles braucht Zeit: Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, sagt ein bekanntes Sprichwort. Eine Erkältung heilt nicht über Nacht. Und politische Lösungen entstehen oft nur Schritt für Schritt.
Auch das Reich Gottes folgt diesem geduldigen Rhythmus. Jesu Gleichnisse vom Senfkorn oder Sauerteig zeigen, dass Geduld und Vertrauen zusammengehören. Paulus schreibt im Römerbrief (Kapitel 5), dass auch Schwierigkeiten Geduld und Hoffnung wachsen lassen. Geduld ist deshalb keine Schwäche, sondern Voraussetzung für verantwortungsvolles Handeln – im Alltag wie in der Politik.
Mögen wir im Jahr 2026 alle



Samuel Venzin

etwas geduldiger werden: mit unseren Mitmenschen, in der Politik und vor allem mit uns selbst.

Samuel Venzin, Pastor ETG, Bern, Grossratskandidat EVP

Agenda

Frühlingssession Grosser Rat
2.–17. März 2026

Volksabstimmung
8. März 2026

Ordentliche DV EVP Schweiz
28. März 2026

Kantonale Wahlen BE
29. März 2026

Wahlfeier / Ordentliche DV EVP Kanton Bern
25. April 2026, EGW Bern

Sommersession Grosser Rat
1.–11. Juni 2026

Volksabstimmung
14. Juni 2026

Ausserordentliche DV EVP Schweiz
27. Juni 2026

ZU BESUCH BEI DER GEMEINDERÄTIN

Sabrina Amacher, Interlaken

Sabrina Amacher amtete 2023 als Präsidentin des Grossen Gemeinderats; seit Januar 2025 ist sie Gemeinderätin in Interlaken und aktuell Grossratskandidatin. Sie ist verheiratet und hat drei Söhne im Alter von 11 bis 16 Jahren.

Weshalb kandidierst du für den Grossen Rat?
Ich finde es wichtig, dass auch unsere Region in Bern eine Stimme hat. Wir verlieren zwei Regierungsräte und mit Peter Flück den letzten Grossrat vom Bödeli. Wir müssen unsere Region stärken, damit unsere Anliegen und Herausforderungen eine Stimme bekommen. Zudem möchte ich die Anliegen und christlichen Werte der EVP vertreten.

Was erlebst du als Lokalpolitikerin Begegnungen mit der Bevölkerung?
Das am meisten angesprochene Thema ist die Belastung durch den Tourismus, die unsere Bevölkerung stark bewegt. Dieses Thema beschäftigt auch uns als Gemeinderat sehr, vor allem weil uns für wirkungsvolle Massnahmen einfach die rechtlichen Grundlagen fehlen. Das ist für viele Bürgerinnen und Bürger kaum verständlich, insbesondere warum wir nicht mehr gegen die Zunahme der Zweitwohnungen unternehmen können.

Wie hast du dir das Amt als Gemeinderätin vorgestellt und wie ist es in der Realität?
Ich habe mir vorher nicht viele Gedanken gemacht, da nicht bekannt war, welches Ressort ich erhalten würde. Zum Glück (oder aus Fügung) habe ich mein Wunschressort Tiefbau bekommen. Dieses Amt macht mir sehr viel Spass und ist noch besser, als ich es mir vorgestellt hatte. Herausfordernd sind die langen politischen Entscheidungsprozesse.

Fällt dir die Abgrenzung zwischen Politikerin und Privatperson schwer?
Ich finde Diskussionen sehr spannend. Politisch interessierte Freunde und Kollegen helfen mir, nicht in einer Gemeinderats-Bubble zu leben, sondern nahe beim Volk zu bleiben, damit ich Politik für die Bevölkerung machen kann und nicht an ihr vorbei.

Sabrina Amacher

Was sind deine politischen Ambitionen für die nächsten fünf bis zehn Jahre?
Da mich Gott immer wieder mit seinen Ideen herausfordert, lasse ich mich gerne von ihm führen. Vielleicht dann immer noch als Gemeinderätin mit dem perfekten Job, bei dem sich Amt und Familie vereinbaren lassen. Wer weiss, vielleicht auch als Grossrätin.

Interview: Susanne Gutbrod-Kunkler

ZU BESUCH BEIM KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN

Benjamin Schaad, Inkwil

Der 51-jährige Benjamin Schaad aus Inkwil bei Herzogenbuchsee ist Verkaufsleiter und Geschäftsleitungsmitglied der Fahrzeugtechnikfirma Ariva GmbH in Wangen a. A. Er ist verheiratet, Vater von drei Kindern, war Gemeinderat in Inkwil, ist Präsident der Oberstufenschulkommission Herzogenbuchsee und kandidiert für die EVP bei den Grossratswahlen.

Wie kamst du zur EVP und was motiviert dich zur Kandidatur bei den Grossratswahlen?
Ich bin vor über 20 Jahren als Neuzuzüger in Inkwil gelandet und wurde bald darauf für die Baukommission angefragt. Nach zwei Jahren Baukommission folgten der Wechsel in den Gemeinderat und gut zehn Jahre als Vizepräsident von Inkwil. In dieser Zeit bin ich vom Freund der EVP zum Mitglied geworden :)

Du präsidierst die Oberstufenkommission Herzogenbuchsee, die für über 350 Schüler/innen und über 50 Lehrkräfte Mitverantwortung trägt. Was beschäftigt dich dabei besonders und welche Schwerpunkte hast du dir für diese Aufgabe gesetzt?

Benjamin Schaad

Für mich ist die Schulzeit ein wichtiger Teil in der Entwicklung unserer Kinder, daher ist es mir ein grosses Anliegen, dass wir ihnen gute Bedingungen bieten können. Das heisst, dass wir von politischer Seite her für die Schulleitung und die Lehrpersonen schauen und ihnen optimale Bedingungen zum Unterrichten ermöglichen. Im kommenden Jahr sind wir am Aufgleisen eines grossen Neubauprojekts für ein zusätzliches Schulhaus und eine Dreifachturnhalle, wofür wir im Dezember 2026 die Unterstützung von den Gemeindeversammlungen der Verbandsgemeinden erwarten.

Nach einer Lehre als Vermessungszeichner und zehn Jahren in einem Geologiebüro hast du in die Fahrzeugbranche gewechselt. Dort bekamst du Leitungsfunktionen im Bereich Fahrzeugtechnik für Spezial- und Nutzfahrzeuge – auch solche mit Elektroantrieb. Lassen sich bei deinen Aufgaben Ökologie und Ökonomie sinnvoll verbinden?
Ökologie und Ökonomie müssen verbunden werden, allerdings lohnt es sich zu schauen, wo was passt. Bei kleinen Nutzfahrzeugen geht der Trend ganz klar Richtung Elektrofahrzeuge, was auch absolut Sinn macht. Bei grossen Spezialfahrzeugen, die wenige Kilometer im Jahr zurücklegen, bin ich im Moment der Meinung, dass es eher noch traditionelle Verbrenner sind. Dass wir unsere Liegenschaften mit Solaranlagen ausrüsten, Elektrotankstellen zur Verfügung stellen und unsere Firmen-Fahrzeugflotte ökologischer gestalten, gehört einfach dazu.

Interview: Christof Erne

Die EVP im Web
Auf **www.evp-be.ch** finden Sie detailliert weitere interessante Angaben und Aktivitäten der EVP des Kantons Bern. Zur schweizerischen EVP führt Sie folgender Link: **www.evppev.ch**.

KURZ-NEWS

Engagierte EVP

Event im Berner Jura
Die PEV Jura bernois führte im Restaurant Central in Tavannes eine «Pizza-Debatte» zu Glaube und Politik sowie die anstehenden Volksabstimmungen durch. Die EVP offerierte dazu Pizza und Getränke.

Ittiger Interview
Seit Anfang 2025 ist der 25-jährige Josua Zurbuchen Gemeinderat von Ittigen. In einem 5-Minuten-Video auf **www.evp-ittigen.ch** lässt er Interessierte an seinem Engagement als Gemeinderat teilhaben.

Wechsel im Berner Stadtrat
Nach über zwölf Jahren im Stadtrat trat Bettina Jans-Troxler per Ende 2025 zurück. Neun Jahre engagierte sie sich auch in der

Kommission für Soziales, Bildung und Kultur. Ihr Nachfolger ist der 49-jährige Innenarchitekt FH Simon Gyger.

Filmabend in Uetendorf
Die EVP führte im Kirchgemeindehaus Uetendorf den Dok-Film «Schwarzsein in der Schweiz – Rassismus im Alltag» vor. Dann berichteten drei Betroffene aus ihrem Leben und Alltag. Am 28. März wird die EVP eine Velobörse auf dem Dorfplatz durchführen.

Die Tretmühlen des Glücks
Unter diesem Titel führten die Thuner EVP, GLP und EDU den 17. Politlunch durch.
Der bekannte Ökonom Prof. Dr. Mathias Binswanger sprach über die Tretmühlen von Wachstum und Glück in der modernen Wirtschaft und warum Wachstum uns nicht glücklicher macht.

EVP-Stand am Frutigmärit
Auf dem Bild vom meist gut besuchten Stand zu sehen sind von links Heimweh-Frutiger und

Grossrat Hanspeter Steiner, der Frutiger EVP-Präsident André Wehrli-Allenbach und Besucher beim Ausfüllen des Wettbewerbsformulars.

FRAUENNETZWERK EVP KANTON BERN

3-Königinnen-Treffen

Das traditionelle 3-Königinnen-Treffen der EVP-Frauen war ein spielerischer Einstieg in die Grossratswahlen vom 29. März.

Podiumsgespräch von links mit Anaël Jambers, Tabea Kryemadhi, Sabrina Amacher, Barbara Stotzer-Wyss und Simone Leuenberger.

Am 6. Januar 2026 trafen sich über 30 Frauen im Stadtkloster Frieden (www.stadtkloster-frieden.ch) in Bern zum 3-Königinnen-Treffen des Frauennetzwerks der EVP Kanton Bern. Bettina Jans-Troxler, Präsidentin der EVP Stadt Bern, wohnt selbst mit ihrer Familie im Stadtkloster und berichtete über die Umnutzung der bisherigen Friedenskirche.
Danach führte Anaël Jambers, Co-Präsidentin EVP Muri-Gümligen, durch das Programm. Mit einem Quiz lernten die EVP-Frauen ungewöhnliche Seiten der anwesenden Grossrätinnen Simone Leuenberger und Barbara Stotzer-Wyss sowie der Spitzenkandidatinnen Sabrina Amacher und Tabea Kryemadhi kennen. Auf einem Podium setzten sich die Politikerinnen anschliessend mit aktuellen Themen wie der Motion von Nationalrat Marc Jost auseinander, die vom Bundesrat Massnahmen gegen die tiefe Geburtenrate verlangt.
3-Königs-Kuchen, Kürbissuppe und Süssmostcreme umrahmten den Abend kulinarisch.

Susanne Gutbrod-Kunkler

ANZEIGE

Christliche Ostmission
ostmission.ch
Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

Werde EVP-Mitglied
Jetzt anmelden und mitgestalten
www.evp-be.ch/mitmachen/mitglied-werden

PEV bernois

1 / 2026 Février
www.pev-be.ch/actuel, info@pev-be.ch

Informations du Parti évangélique du canton de Berne

Jean-Marc Knuchel

CONSEIL DU JURA BERNOIS

« Redéfinir l'identité du Jura bernois »

Jean-Marc Knuchel est retraité, marié et père de trois enfants adultes. Représentant du PEV au Conseil du Jura bernois (CJB), il préside aussi l'Aide et soins à domicile de la Vallée de Tavannes et du Petit Val (ASAD) et est actif dans la pastorale mennonite. Il se présente à sa réélection le 29 mars 2026.

Dans cet entretien, Jean-Marc Knuchel revient sur son activité au sein du Conseil.

Quelles sont les principales responsabilités du CJB ?
Le CJB, régi par la Loi sur le statut particulier, représente la population francophone du canton de Berne. Ses missions visent à préserver l'identité, la langue et la culture du Jura bernois, ainsi qu'à garantir sa participation à la politique cantonale. Composé de 24 membres et de commissions parallèles à celles du Conseil-exécutif, il se prononce notamment sur l'attribution de subventions, ceci en lien avec les fonds de la culture, de la loterie et du sport, ainsi que sur divers arrêtés cantonaux.

Quel bilan tires-tu de la législature ?
La législature a été largement marquée par la préparation du transfert de Moutier au canton du Jura le 1er janvier 2026. Ce changement majeur a exigé un important travail administratif : co-rapports, accords d'exécution et recherche de nouveaux lieux pour les activités cantonales jusque-là basées à Moutier. Malgré un contexte potentiellement sensible, le climat au sein du CJB est resté constructif, avec une écoute mutuelle appréciable malgré les divergences.

Quels sont les plus grands défis du Jura bernois dans les années à venir ?
Avec le départ de Moutier, le Jura bernois perd 13 % de sa population et doit redéfinir son identité et son périmètre. La proportion de francophones dans le canton de Berne diminuera encore, d'où l'importance, dans le cadre du CJB, mais aussi au niveau de toute la population, de tout mettre en œuvre pour qu'une communication optimale entre francophones et germanophones soit maintenue, ou mieux encore améliorée.

Interview : Philippe Messerli, Co-directeur PEV BE

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 8 MARS 2026

Non aux pénalités pour les familles et l'initiative SSR

Le PEV dit oui à l'initiative pour un fonds climat, non à l'imposition individuelle, non à l'initiative visant la SSR, ainsi que non à l'initiative sur l'argent liquide, tout en soutenant le contre-projet direct.

Le PEV dit clairement non à **l'imposition individuelle**. Celle-ci remplacerait la pénalisation du mariage par un système fiscal injuste envers les familles. En effet, les couples mariés dont les revenus sont inégaux seraient désavantagés. L'imposition individuelle pénalise précisément les familles dans lesquelles l'un des conjoints s'engage fortement dans la garde des enfants ou dans les soins aux proches.
L'initiative SSR vise à réduire de moitié les redevances destinées à la SSR. Le PEV la rejette. Cette initiative prive la population d'informations fiables et attaque ainsi le quatrième pouvoir de l'État et, par conséquent, un fondement démocratique essentiel.
L'initiative pour un fonds climat est soutenue par le PEV. Un tel fonds est un instrument efficace pour permettre à la Suisse de rester sur la bonne voie dans la transition vers un avenir sans énergies fossiles.
Le PEV dit non à **l'initiative sur l'argent liquide** et oui au **contre-projet direct**. Le Conseil fédéral et le Parlement ont élaboré une alternative pertinente pour atteindre l'objectif de l'initiative.

PEV CH

VOTATIONS DU 8 MARS 2026

Infos: www.pev-be.ch/actuel et www.evppev.ch/fr/votations

Initiative sur l'argent liquide	NON
Contre-projet direct	OUI
Initiative SSR	NON
Initiative pour un fonds climat	OUI
Loi sur l'imposition individuelle	NON

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 9324, 3001 Bern, info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktion: Christof Erne, Myrtenweg 27, 3018 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 9324, 3001 Bern, oder via www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Aktuell > Zeitung «Berner EVP»

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.–, Freunde / Gönner/innen: Fr. 3.–; IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55, info@atelierpassage.ch

UN GROUPE PARLEMENTAIRE ENGAGÉ

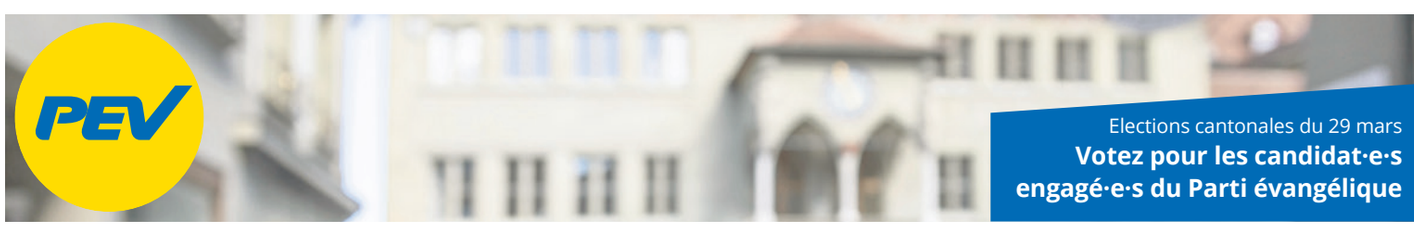
Des succès pour l'État de droit, l'éducation, le social et l'environnement

Comme chaque année, la session d'hiver a été marquée par d'intenses débats sur le budget et le plan de financement, accompagnés de plusieurs dizaines d'amendements. Membre de la Commission des finances, Barbara Stotzer-Wyss s'est engagée avec beaucoup d'endurance pour défendre les positions de notre groupe parlementaire, avec un succès contrasté.

Philippe Messerli s'est quant à lui engagé avec succès en faveur de l'augmentation des postes au sein de la Justice et du Ministère public, un domaine parfois méconnu mais essentiel au bon fonctionnement de notre État de droit. **Simone Leuenberger** a également obtenu des avancées importantes : une meilleure participation politique des personnes sourdes ou malentendantes, le renforcement de la prévention de la violence domestique en collaboration avec les pharmacies, ainsi que pour la défense de l'école obligatoire face à des projets d'économies.
Melanie Beutler-Hohenberger, co-auteure de la motion, a obtenu le soutien du Grand Conseil pour une revendication centrale de notre parti : permettre aux familles à faibles revenus de bénéficier de prestations adaptées à leur situation, notamment de prestations complémentaires.
Notre groupe parlementaire, par la voix de son porte-parole **René Müller**, s'est réjoui du rejet d'une motion de l'UDC visant à interdire l'utilisation des fonds de loterie pour l'aide au développement. Des organisations comme Digger, actives dans le déminage humanitaire, ont déjà bénéficié de ce soutien. Le postulat de **Tom Gerber** proposant d'examiner des offres musicales et artistiques pour les personnes en formation duale, notamment via des collaborations avec les gymnases, a par ailleurs été accepté à une large majorité.
Katja Streiff s'est félicitée de l'adoption d'un postulat multipartite visant à désimperméabiliser des surfaces inutilement asphaltées, à l'image du projet « Asphaltknacker » du canton d'Argovie, afin de renforcer la biodiversité et l'adaptation climatique du milieu bâti.
Le parlement a enfin décidé de maintenir la ligne de tram du Fischermätteli dans l'offre de transports publics, notamment grâce à l'engagement de **Hanspeter Steiner**.
La stratégie concernant les concessions hydrauliques a constitué un dossier important pour **Tabea Bossard-Jenni**, tant en commission qu'au Grand Conseil.
Notre groupe parlementaire a

Tom Gerber

également contribué au rejet d'une motion visant à augmenter les distances minimales entre les zones habitées et les éoliennes.

Tom Gerber, député, Reconvilier

Les priorités de notre parti cantonal